

Sie aber verfolgt jede Bewegung des anderen, mißt ihn mit unverwandtem Blick, studiert ihn eingehend und schamlos wie ein Kind den fremden Besuch. Den ganzen Tag hat sie ihm beim Modellieren zugesehen und nimmt jetzt erst wahr, daß er wirklich da ist.

Wenn sie ihm jetzt in die Augen schaut, sieht sie darin etwas, was sie fesselt und überrascht. Sie sieht dort ihr eigenes Abbild und nur das. Nicht aus Ton, sondern aus lebendem Fleisch. Achtundvierzig Kilo Fleisch und Knochen, in denen zu wohnen mehr Mut und Seelenkraft erfordert, als man denkt. Reiner Geist müßte man sein oder wenigstens eine Maschine. Besser wohl doch eine Maschine, denn die werden immer teurer und verlangen immer sorgsamere Behandlung. Maschinen darf man lieben, man muß es sogar.

Immerhin hat sie schon zwei Bücher verfaßt und ahnt dunkel, daß man Wörter, wenn sie wirken sollen, mit Blut tränken muß, doch insgeheim, damit niemand außer Gott begreift, was man mit ihnen eigentlich angestellt hat. Sie hat Wörter verkauft und auch weggeworfen. Den Namen, unter dem sie schreibt, wird sie auch in Zukunft tragen, nur wird seine Wirkung dann eine andere sein. Vorerst ist es der Name einer Einundzwanzigjährigen. Man schmeckt ihn ab, macht ein spitzes Mündchen und wartet ab, was die anderen sagen. Derlei Spielchen gleiten an ihr ab, spurlos, kaum daß sie davon Notiz nimmt.

Sie möchte im Licht stehen und doch auch in die dunklen Winkel hineinspähen. Sowjetsterne und Hakenkreuze faszinieren sie ebenso sehr wie die Augen der Mitmenschen und was darin zu lesen steht. Immer wenn sie eine Rose sieht, möchte sie sie aufessen. Sie hat schon viele gegessen und weiß auch genau, wie Löwenzahn und Apfelblüten schmecken. Der bittere Geschmack des Flieders ist ihr vertraut wie allen Esten. Jedes Jahr, wenn die blühenden Fliederbüsche neben Scheunen und Kartoffelfurchen stehen wie Abgesandte aus fernen Welten, senkt sich über Tallinn und Tartu die gleiche Totenstille, die die Überlebenden in ihren Erinnerungen beschreiben. Je süßer der Flieder, je blauer der Himmel, um so gefährlicher scheint das Leben in den baltischen Staaten, von denen keiner recht weiß, ob sie überhaupt existieren. Das Leben hier ist geheimnisvoll und unergründlich. Fünfzig Jahre sind hier wie ein Augenblick, wie ein Traum oder eine Rauchfahne über Trümmern und leeren Fundamenten. Hier vermag der strahlende Frühlingswind selbst den Gebeinen der Toten Leben einzublasen und sie aus ihren Gräbern zu holen. Hier hat man den Teufel schon am hellichten Tag im Radio gehört. Bei diesen Fliederbüschen weiß man nicht, ob sie im Heute blühen oder im Gestern oder ob sie nur ein Bild der Sehnsucht sind.

Quelle: Luik V. 1995: *Die Schönheit der Geschichte*. Reinbek bei Hamburg, 7–11.

Ein frischer Wind in der ČSSR – Alexander Dubček über den „Prager Frühling“

Als „Prager Frühling“ wird eine der bedeutendsten Reformbewegungen des kommunistischen Systems bezeichnet. Mit dem Ziel, einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ zu schaffen, führte die tschechoslowakische Parteispitze 1968 unter Alexander Dubček Presse-, Meinungs- und Reisefreiheit ein, plante weitreichende wirtschaftliche Reformen und die Abkehr von der zentralistischen Planwirtschaft. Man wollte den Sozialismus liberalisieren, die Fehler des Stalinismus korrigieren, nicht jedoch das System stürzen. Als einen solchen Versuch interpretierte aber die Sowjetführung den Reformkurs und reagierte entsprechend kompromisslos.

In der folgenden Passage aus Dubčeks Autobiografie beschreibt der ehemalige Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei seine Sicht der Ereignisse von 1968: die Begeisterung der Bevölkerung für den neuen Kurs der Regierung, die ablehnende Haltung der Parteiführer in den „Bruderstaaten“ bis hin zur militärischen Intervention Moskaus.

Die Reformen des Prager Frühlings

Zwar fanden auf der Plenartagung des Zentralkomitees im April 1968 durchgreifende personelle Umbesetzungen statt, das wichtigste Ergebnis war jedoch das Aktionsprogramm. Man könnte es, ohne zu übertreiben, den Herzschlag des Prager Frühlings nennen. In der dem Dokument beigefügten Resolution hieß es, mit dem Aktionsprogramm solle ein neuer politischer Kurs „für die nächste Zukunft“ umrissen werden. Aber heute noch kann, wer den Text überfliegt, feststellen, daß es viel mehr war: Es markierte eine historische Wende. Es schuf die Grundlage für eine ganz neue Herangehensweise an fast alle großen Probleme der tschechischen und slowakischen Gesellschaft und ihre Lösung.

Mit „nächster Zukunft“ war der Zeitraum zwischen der Tagung des Zentralkomitees im April und dem nächsten, dem 14. Parteitag gemeint, der ursprünglich für 1969 geplant war. Die neue Situation machte es erforderlich, den Parteitag viel früher einzuberufen. Die Frage, wann er zusammentreten sollte, wurde zu einer der entscheidenden politischen Fragestellungen des Prager Frühlings.

Natürlich ließen unsere Kritiker von Dresden die Veröffentlichung des Aktionsprogramms in ihren Ländern nicht zu und unterdrückten jegliche Hinweise darauf. Ihre Befürchtungen waren leicht zu verstehen: Das Programm war ein einzigartiges Dokument in der Geschichte der sogenannten internationalen kommunistischen Bewegung. Keine andere kommunistische Partei hatte je ein so umfassendes und grundsätzliches Programm der Abkehr von Theorie und Praxis des Leninismus/Stalinismus erarbeitet. Es war ein Programm der allmählichen Rückkehr zum Konzept des demokratischen Sozialismus, wie er in der europäischen sozialistischen Bewegung um die Jahrhundertwende vorherrschend gewesen war.

Auch einige westeuropäische kommunistische Parteien, besonders in Italien, Spanien und in gewissem Maße auch in Frankreich, ließen damals gerade das unglückliche Erbe der Kommunistischen Internationale hinter sich, aber ihre Situation war nicht mit der unseren zu vergleichen. Bei ihnen stellte die materielle Unterstützung aus Moskau die einzige Art von Abhängigkeit dar (und im Fall der italienischen Kommunistischen Partei war diese Abhängigkeit schon bedeutungslos geworden). Die osteuropäischen Blockparteien dagegen waren durch ein mächtiges, umfassendes Netzwerk von Loyalisten und Agenten auf allen Ebenen an die Sowjetische Partei gebunden. Da die Parteien im Zentrum der örtlichen Machtstrukturen standen, durchdrangen die Sowjets nicht nur den Funktionsapparat der Parteien; sie hatten auch Schlüsselpositionen bei den Streit- und Sicherheitskräften sowie im Auswärtigen Dienst inne, was jeden Versuch unabhängigen Handelns natürlich extrem erschwerte.

Das Aktionsprogramm sprach nicht einmal von der Möglichkeit einer unabhängigen Initiative in der Außenpolitik – das war zunächst noch zweitrangig. Unser Programm konzentrierte sich ausschließlich auf innere Angelegenheiten politischer, wirtschaftlicher und kultureller Natur. Die Sowjets waren es gewohnt, sich sogar in diese Bereiche einzumischen. Ganz offensichtlich gefiel ihnen nicht, daß das Aktionsprogramm ohne ihren Rat und ihre Zustimmung erstellt worden war.

Das Dokument durfte natürlich keine Provokation sein. Die slowakischen Reformer waren nicht verrückt. Weder die inneren noch die äußeren Umstände erlaubten eine offene Zurückweisung der sowjetischen

Doktrin. Die von uns verwendete Sprache war zurückhaltend und vorsichtig, und es kamen genügend rituelle Verweise auf die üblichen marxistisch-leninistischen Begriffe vor. Es war ein ketzerisches Programm, aber wir taten alles, um dies zu verbergen.

Wie explizit im Vorwort erwähnt, war das Aktionsprogramm in der tschechoslowakischen Realität verwurzelt und erwuchs aus unseren teuer erkauften Erfahrungen der vergangenen Jahre. Es mag heute selbstverständlich klingen, aber damals war es sehr gewagt, die eigenen Verhältnisse als Grundlage des Programms anzugeben: Bis zu diesem Zeitpunkt waren das sowjetische Beispiel und die sowjetische Praxis die obligatorischen Vorbilder, und ethnische „Besonderheiten“ galten lediglich als Verzierung.

Das Programm erklärte diktatorische, dogmatische und bürokratische Methoden für beendet. Solche Praktiken hätten künstliche Spannungen in der Gesellschaft erzeugt, indem sie unterschiedliche soziale Gruppen, Völker und Nationalitäten gegeneinander aufgebracht hätten. Unsere neue Politik sollte auf demokratischer Kooperation und gegenseitigem Vertrauen der verschiedenen sozialen Gruppen aufbauen. Beschränkte berufliche oder sonstige Interessen sollten nicht länger Vorrang haben. Die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, in der Verfassung garantiert, in der Vergangenheit jedoch nicht respektiert, sollte in die Praxis umgesetzt werden. Es sollte in diesem Bereich keine außerrechtlichen Einschränkungen geben. Das Programm verkündete die Rückkehr zur Pressefreiheit und schlug die Annahme eines Pressegesetzes vor, in dem eine Vorzensur ausdrücklich ausgeschlossen war. In den Massenmedien geäußerte Meinungen sollten frei sein und nicht mit offiziellen Erklärungen der Regierung verwechselt werden.

Die Freizügigkeit der Bürger sollte garantiert werden. Sie sollten nicht nur das Recht haben, ins Ausland zu reisen, sondern auch langfristig oder sogar dauerhaft im Ausland bleiben können, ohne deswegen als Emigrant bezeichnet zu werden. Zur Wiedergutmachung vergangener gerichtlicher und politischer Ungerechtigkeiten sollten spezielle rechtliche Normen geschaffen werden.

Was die Beziehung zwischen Tschechen und Slowaken angeht, so sollte die Republik föderalisiert werden und sollten slowakische nationale Institutionen vollständig wiederhergestellt und bei der Besetzung föderativer Gremien ausgleichende Schutzvorkehrungen für die slowakische Minderheit getroffen werden.

In bezug auf die Wirtschaft forderte das Programm weitgehende Dezentralisierung und unabhängige Unternehmensführung sowie die Legalisierung privater Kleinbetriebe insbesondere im Dienstleistungssektor. Ich sollte erwähnen, daß die Sowjets diesen Vorschlag sofort als Beginn einer Rückkehr zum Kapitalismus interpretierten.

Breschnew äußerte diesen Vorwurf ganz offen während eines meiner Gespräche mit ihm in den folgenden Monaten. Ich antwortete, daß wir einen Privatsektor benötigten, um die Marktsituation zu verbessern und das Leben der Menschen zu erleichtern. Sofort schimpfte Breschnew wütend: „Kleine Handwerker? Das kennen wir! Auch Herr Bata war ein kleiner Schuhmacher, bevor er eine Fabrik eröffnete!“ Es war das alte leninistische Lied über die kleinen Privatunternehmer, die „täglich und stündlich“ den Kapitalismus schufen. Es gab kein Mittel gegen die dogmatische Paranoia der Sowjets.

Dies waren zusammengefaßt die Hauptgedanken des Aktionsprogramms – das Dokument selbst umfaßte über sechzig Seiten. Eine Einschränkung darf man nicht vergessen – die Verfasser des Programms befanden sich nicht in einer Position, in der sie den Wunsch nach Rückkehr zu einer Vielparteiendemokratie auch nur andeuten konnten. In den Augen der Sowjets wäre dies der Demontage des Sozialismus gleichgekommen. Das Machtmonopol der Partei, euphemistisch ihre „führende Rolle“ genannt, war für die Doktrin der Sowjetischen Kommunistischen Partei von grundlegender Bedeutung. In den folgenden Monaten war

der Haupteinwand der Sowjets gegen unsere Reformen, wir würden „die Führungsrolle verlieren“. Um aus diesem eng begrenzten Handlungsspielraum auszubrechen, hätte es Veränderungen unserer äußeren Situation bedurft, die schon in der Vorstellung Schwierigkeiten machten: Wir hatten nicht die günstige geographische Lage des von der Sowjetunion weit entfernten Jugoslawien.

Schon vor 1948 war unser politisches System durch die Ausschließlichkeit der Nationalen Front ernsthaft eingeschränkt worden. Als die nichtkommunistischen Parteien 1948 Einfluß und Unabhängigkeit verloren, wurde die Nationale Front ihrer Autorität beraubt.

Diese Situation bildete 1968 unseren Ausgangspunkt. Wir schlugen vor, innerhalb der Nationalen Front ausgeglichene Verhältnisse herzustellen. Dies hätte ein erster Schritt sein können, in Zukunft die nicht-exklusive Partnerschaft zwischen sozialen und politischen Kräften neu zu beleben. Wir konnten damals nicht weiter gehen; die Prinzipien der vollständigen Anerkennung der verfassungsmäßigen Rechte, der Rechtsstaatlichkeit und der Presse- und Versammlungsfreiheit wiesen jedoch deutlich auf die erwartete zukünftige Richtung hin.

Weder meine Verbündeten noch ich selbst dachten je an die Demontage des Sozialismus, auch nicht, als wir uns von einigen Lehrsätzen Lenins verabschiedeten. Wir glaubten noch immer an einen Sozialismus, der nicht von der Demokratie zu trennen war, weil er seinem Wesen nach auf sozialer Gerechtigkeit gründete. Außerdem meinten wir, daß Sozialismus in einer marktorientierten Umgebung, in der privates Unternehmertum eine bedeutsame Rolle spielte, besser funktionieren könne. Es gab viele legitime Formen von Besitz, insbesondere in Kooperativen und Kommunen, aber man hatte davon aufgrund der stalinistischen Einschränkungen in der Vergangenheit nicht auf effektive Weise Gebrauch gemacht.

Was die Partei angeht, so bauten wir darauf, daß sie durch unsere Bemühungen um Wiedergutmachung vergangenen Unrechts und durch ehrliche politische Arbeit wieder das Vertrauen erringen würde, das sie einst genossen hatte. Wir glaubten, daß wir selbst bei freien Wahlen die Unterstützung des überwiegenden Teils der Bevölkerung bekommen würden. Ich bin noch immer der Meinung, daß unser Selbstvertrauen gerechtfertigt war.

Nie werde ich die Feier zum 1. Mai 1968 in Prag vergessen. Auch meine Frau, die der Parade von einer anderen Tribüne aus zusah, erinnert sich voller Rührung an diesen Tag. Nach Jahren inszenierter Vorführungen fand ein freiwilliges „Happening“ statt. Statt einer Menschenherde, die in Kolonnen marschierte und von der Zentrale ausgedachte und fabrizierte Parolen skandierte, kamen die Menschen diesmal aus eigener Initiative. Sie trugen eigene Transparente mit eigenen fröhlichen, kritischen oder nur witzigen Parolen. Die Stimmung war entspannt und fröhlich. Wo man auch hinsah, blickte man auf ein Meer von Farben und Blumen; das hatte es in den vergangenen Jahren nicht gegeben. Sogar Mutter Natur segnete den Tag mit Sonne, Wärme und einem strahlend blauen Himmel. Ich war überwältigt von der spontanen Sympathie und Unterstützung der Menschen, die an der niedrigen Bühne vorbeiströmten, auf der die anderen Parteiführer und ich standen. Ich erinnere mich an die Mitglieder zweier neuer Organisationen – des Clubs der Engagierten Parteilosen (KAN) und der K-231, einer Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener –, die Parolen vor sich hertrugen, die die volle Unterstützung meiner Politik ausdrückten. Ich war tief gerührt. In letzter Zeit denke ich zuweilen an diesen Tag, wenn ich sehe, wie KAN sich unter der Führung von Menschen, die keine Ahnung mehr haben, worum es 1968 ging, zur extremen Rechten hinbewegt.

Ich mußte daran denken, daß ich der erste Slowake im Amt des tschechoslowakischen Ersten Sekretärs war, der damals einflußreichsten Position des Landes. Prag war eine tschechische Stadt, und ich sah den

tschechischen Maifeiern zu. Aus diesen Gründen war es für mich doppelt wichtig, so viel Sympathie und freundliche Unterstützung zu erfahren.

[...]

Der sowjetische Einmarsch

Es war schon spät am Abend, und wir nahmen ein leichtes Abendessen ein, ohne die Sitzung zu unterbrechen. Es herrschte eine angespannte Atmosphäre; neue Gerüchte über sowjetische Truppenbewegungen in der Nähe unserer Grenzen, insbesondere in Ostdeutschland, machten die Runde. Im nachhinein erscheint es seltsam, daß wir nicht die leiseste Ahnung von den Vorbereitungen zur Besetzung von Ruzyne, dem Prager Flughafen, hatten. Dabei waren diese Vorbereitungen seit den frühen Abendstunden im Gang, und sie waren der Beginn der Invasion.

Ich beachtete die Gerüchte nicht weiter, da ich sie als Einschüchterungsmanöver betrachtete. Kurz vor Mitternacht jedoch wurde Ministerpräsident Cernik zum Telefon gerufen. Verteidigungsminister General Dzur teilte ihm mit, die Sowjets und vier ihrer Verbündeten seien einmarschiert. Cernik erfuhr außerdem, daß Dzur in seinem Büro im Verteidigungsministerium von den Sowjets gefangengenommen worden war und nur die Erlaubnis bekommen hatte, den Ministerpräsidenten anzurufen und ihn über die Invasion zu informieren. Cernik kam zurück und überbrachte uns die Nachricht. Sie schlug ein wie eine Bombe.

Ich kann mich nicht mehr genau daran erinnern, was ich und die anderen in den unmittelbar folgenden Momenten taten. Die Neuigkeiten lösten natürlich erst einmal eine aufgeregte und chaotische Diskussion aus, an der ich nicht teilnahm. Ich ordnete in aller Eile meine Gedanken. Die Situation war völlig verändert, und damit war auch meine Sicht der Dinge über den Haufen geworfen. Meine Einschätzung der sowjetischen Absichten hatte sich als falsch erwiesen. Ich überlegte angestrengt, warum ich sie so falsch verstanden hatte.

Im Jahr 1964 war mir klar gewesen, daß man Nikita Chruschtschow nicht nur, wie behauptet, abgesetzt hatte, weil er alt und krank war. Chruschtschow hatte bei der Verfolgung seiner unglaublichen Reformen oft einen Zickzackkurs eingeschlagen und eine Reihe unpopulärer Maßnahmen ergriffen, so daß ich verstehen konnte, warum sein Politbüro und das Zentralkomitee sich vielleicht nicht aus politischen, sondern aus anderen Gründen gegen ihn gewandt hatten. Vier Jahre später, 1968, war noch immer schwer einschätzbar, in welchem Ausmaß Breschnews Politbüro Chruschtschows Reformen zurücknehmen würde. Ich stimmte durchaus mit den meisten Experten aus Ost und West überein, wenn ich annahm, daß die Sowjets die Reformen nicht vollständig aufgeben wollten, weder innen- noch außenpolitisch. Die Invasion veränderte alles. In den vorangegangenen Monaten war ich geneigt gewesen, die Feindseligkeit der Sowjets gegenüber unseren Reformen eher ihrer kulturellen Andersartigkeit und ihren historischen Erfahrungen zuzuschreiben als einer vorsätzlichen Ablehnung. Ich glaubte bis zuletzt nicht, daß die Führer der Sowjets einen militärischen Angriff gegen uns eröffnen würden. Das war für mich einfach undenkbar. Es widersprach gänzlich meiner Vorstellung der Werte, die meiner Meinung nach die Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern bestimmten. Erst nach der drastischen praktischen Erfahrung der kommenden Tage und Monate begriff ich, daß ich es in Wirklichkeit mit Kriminellen zu tun hatte.

Jede Parallele zu Ungarn 1956 kam mir wirklich absurd vor. Erstens hatten sich die Zeiten geändert. Seit ungefähr zehn Jahren waren die Sowjets sehr bemüht, als konsequente Gegner jeder Aggression zu erscheinen, und sie hatten heftig für eine internationale, friedliche Koexistenz geworben. Sollten sie jetzt beschließen, dieses sorgfältig aufgebaute Image durch eine so eklatante Aggression zu zerstören, die sich

auch noch gegen ihren Verbündeten richtete? Zweitens war die Tschechoslowakei von 1968 nicht das Ungarn von 1956 oder 1918. Im Gegensatz zu Ungarn war die Tschechoslowakei kein Bündnispartner Hitlers gewesen, sondern ein frühes Opfer der Angriffe der Nazis und Gründungsmitglied der Vereinten Nationen. Die internationalen Auswirkungen grundloser Aggressionen gegen die Tschechoslowakei würden viel schlimmer sein als die, die der Besetzung von Ungarn gefolgt waren. Ich glaubte nicht, daß die Sowjets dies ignorieren würden.

Ich gebe zu, daß meine Überlegungen naiv waren und daß sie auf Gutwilligkeit und allgemeinem Anstand beruhten. In zivilisierten Verhältnissen rechnen Opfer gewöhnlich nicht mit einem Überfall, und bis kurz vor Mitternacht dieses Tages glaubte ich noch immer daran, daß die Beziehungen innerhalb des „sozialistischen Lagers“ im wesentlichen zivilisiert seien. Daß eine Präsidiumssitzung mit der Festnahme und Entführung der Hälfte der Mitglieder einschließlich mir enden würde, war sicher das allerletzte, womit ich rechnete.

[...]

Einige Minuten nach Cerniks Nachricht kehrte in der Präsidiumssitzung wieder etwas Ruhe ein. Jetzt fiel mir Breschnews Brief ein. Ich zog ihn aus meiner Mappe und las ihn vor. Ich wollte zeigen, daß selbst in dieser letzten Mitteilung nichts stand, das als Warnung vor einer bevorstehenden Invasion hätte verstanden werden können. Der Brief enthielt nur das alte orthodoxe Zeug, Beschwerden über verschiedene Artikel oder Karikaturen, die in der tschechoslowakischen Presse veröffentlicht worden waren. Jemand sagte, es sei doch undenkbar, daß im zwanzigsten Jahrhundert wegen einiger Karikaturen Krieg geführt würde. Keiner sagte, daß der Brief in irgendeiner Weise für das aktuelle Geschehen relevant sei.

Ich glaubte, daß wir unsere Entrüstung und das Gefühl, verraten worden zu sein, in einer Erklärung zum Ausdruck bringen müßten. Ich war mir meiner Verantwortung dabei sehr bewußt. Die Sowjets hatten jede Polemik weit hinter sich gelassen und kriegerische Handlungen angefangen; eine riesige Armee bewegte sich von allen Seiten auf uns zu, ganz offensichtlich dazu entschlossen, jeglichen Widerstand niederzuschlagen. Ich wußte, daß die tschechische und slowakische Öffentlichkeit unsere Reformen voll unterstützte und sich fremden Interventionen leidenschaftlich widersetzen würde. Das Volk wartete auf ein Wort von uns. Wir mußten entschiedenen Widerstand gegen die Aggression demonstrieren, gleichzeitig aber alles tun, um sinnloses Blutvergießen zu vermeiden. Militärischer Widerstand war sowieso unmöglich; unsere Truppen waren an die Westgrenze beordert worden, um einen Angriff von bayerischem Territorium abzuwehren. Jeder Aufruf zum Widerstand würde nur zu örtlichen Kämpfen führen, und dann würden die Sowjets sich in ihren Anschuldigungen bezüglich einer organisierten „Konterrevolution“ bestätigt sehen.

Wir beschlossen, Präsident Svoboda um Rat zu fragen. Er traf ungefähr vierzig Minuten nach unserem Anruf ein. In der Zwischenzeit war Tschewonenko im Hradschin gewesen und hatte ihn offiziell über die Invasion „informiert“. Zwei Sekretäre des Zentralkomitees, Cisaf und Mlynäf, wurden beauftragt, eine Erklärung des Präsidiums zu entwerfen. Sie legten in kurzer Zeit einen Text vor, der die Ansichten der Mehrheit in aller Deutlichkeit ausdrückte. Trotzdem entstand eine hitzige Diskussion, die zu nur unbedeutenden Änderungen führte. Wir entfernten beispielsweise einen Satz, der zu erklären versuchte, warum kein militärischer Widerstand möglich sei. Ich war der Meinung, es sei besser, dieses Thema überhaupt nicht anzuschneiden.

Die Erklärung war an alle Menschen der Republik gerichtet; ich zitiere sie vollständig:

21. August.

Gestern, am 20. August 1968 etwa um 21 Uhr überschritten Truppen der Sowjetunion, der Polnischen VR, der DDR, der Ungarischen VR und der Bulgarischen VR die Staatsgrenzen der CSSR. Dies geschah ohne Wissen des Präsidenten der Republik, des Präsidiums der Nationalversammlung, des Präsidiums der Regierung und des Ersten Sekretärs des ZK der KPC und dieser Organe. In diesen Stunden tagte das Präsidium des ZK der KPC und befaßte sich mit der Vorbereitung des XIV. Parteitages. Das Präsidium des ZK der KPC ruft alle Bürger unserer Republik auf, daß sie Ruhe bewahren und den einrückenden Truppen keinen Widerstand leisten, weil die Verteidigung unserer Staatsgrenzen nunmehr unmöglich ist. Deshalb erhielten weder unsere Armee noch die Sicherheitsorgane, noch die Volksmiliz den Befehl zur Verteidigung des Landes. Das Präsidium des ZK der KPC erachtet diesen Akt als widersprechend nicht nur den Grundprinzipien der Beziehungen zwischen den sozialistischen Staaten, sondern als eine Bestreitung der Grundnormen des internationalen Rechts. Alle führenden Funktionäre der Partei, alle führenden Funktionäre der Nationalen Front bleiben in ihren Funktionen, in die sie als Vertreter des Volkes und Mitglieder ihrer Organe nach den in der CSSR gültigen Gesetzen und anderen Einrichtungen gewählt wurden. Durch die zuständigen Persönlichkeiten ist augenblicklich eine Sitzung der Nationalversammlung, der Regierung der Republik und des Präsidiums des ZK der KPC zur Erörterung der entstandenen Situation einberufen worden.

Als es um 1.30 Uhr am 21. August zur Abstimmung über den Entwurf kam, stimmten sieben dafür und vier dagegen. Dafür waren ich, Smrkovsky, Kriegel, Spacek, Cernik, Piller und Barbfrek, dagegen Bilak, Kolder, Svetska und Rigo. Die Resolution wurde auch von den meisten Kandidaten und Sekretären unterstützt. Soweit ich mich erinnere, waren nur Jakes, Kapek und Indra dagegen. Aber keiner von ihnen äußerte offen seine Unterstützung der sowjetischen Intervention; alle drückten sich gewunden aus, um nicht sagen zu müssen, was sie dachten. Sie müssen gewußt haben, daß sie später von der gesamten Gesellschaft verdammt werden würden. Wie wir später erfuhren, waren diese Männer von den Sowjets mehrere Tage zuvor über die Invasion informiert worden, und sie hatten zugestimmt, eine „legale“ Rechtfertigung dafür zu liefern. Das war ihnen gänzlich mißlungen.

Sie wußten wahrscheinlich schon, daß ihr vergeblicher Versuch, der Invasion einen legalen Vorwand zu liefern, zu einem gewaltigen Problem geführt hatte. Ohne unser Wissen, aber wahrscheinlich mit Wissen dieser Kollaborateure hatten die Sowjets nämlich schon weltweit eine offizielle Meldung der Nachrichtenagentur TASS verbreitet, in der sie behaupteten, die Invasion sei auf Ersuchen der tschechoslowakischen „Partei- und Staatsfunktionäre“ erfolgt. Eben deshalb war unsere Erklärung so wichtig. Sie entlarvte die TASS-Meldung als Lüge und die Invasion als nackte Aggression.

[...]

In der Zwischenzeit versammelten sich mehrere hundert oder gar tausend Menschen auf der breiten Uferstraße vor dem Gebäude des Zentralkomitees. Die meist jungen Leute trugen Nationalfahnen, und ich hörte sie meinen Namen rufen und die Nationalhymne singen – und sogar die Internationale. Welch bittere Ironie!

Gegen vier Uhr nachts fuhr eine schwarze Wolga-Limousine an der Spitze einer Kolonne von Panzern und gepanzerten Fahrzeugen von Norden über die Hlávka-Brücke über die Moldau in Richtung unseres Gebäudes. Die Menschenmenge wich vor den Fahrzeugen zurück, jedoch nicht schnell genug. Es kam zu einem Zusammenstoß, und die Sowjets schossen mit Maschinengewehren. Ein junger Zivilist wurde vor

unseren Augen getötet. Smrkovsky, der neben mir stand, griff verärgert nach einem Telefon, wählte eine Nummer und rief jemandem am anderen Ende der Leitung zu, mit dem Töten aufzuhören. Ich glaubte, er spreche mit Tschervonenko, doch dann bemerkte ich, daß er tschechisch sprach, und Tschervonenko konnte kein Tschechisch.

Dann beobachteten wir, wie Fallschirmjäger – oder die „Luftinfanterie“, um den Begriff der Roten Armee zu verwenden – mit Maschinengewehren in der Hand aus den Fahrzeugen sprangen und das Gebäude umstellten. Kurz darauf waren alle Telefone tot, auch die Haustelevone.

Die Dämmerung wich bereits dem Tageslicht, als eine von einigen Offizieren angeführte Abordnung von Soldaten – ein ganzer Zug, wie mir schien – in das Gebäude eilte. Kurz vor neun stürzten sieben oder acht sowjetische Fallschirmjäger und ein oder zwei niedrigere Offiziere in mein Büro und schlossen und blockierten die Fenster und Verbindungstüren. Es war wie bei einem bewaffneten Raubüberfall. Automatisch machte ich eine Bewegung in Richtung eines Telefons auf meinem Schreibtisch, aber ein Soldat richtete seine Maschinenpistole auf mich, ergiff das Telefon und riß das Kabel aus der Wand.

Ich weiß nicht mehr genau, wie viele von unseren Leuten noch in meinem Büro waren. Smrkovsky, Kriegel, Spacek, Sadovsky und Simon waren sicher da, wahrscheinlich auch Mlynář und Slavik. Die Haupttür flog erneut auf, und es kamen einige höhere Offiziere des KGB herein, darunter ein hochdekorierter Oberst von sehr kleiner Statur und ein sowjetischer Übersetzer, den ich schon einmal irgendwo gesehen hatte; ich glaube, er war ein paar Wochen zuvor mit Marschall Jakubowski in Prag gewesen. Der kleine Oberst rasselte schnell eine Liste aller anwesenden Funktionäre der KPC herunter und teilte uns mit, daß er uns „seinem Schutz“ unterstelle. Wir waren in der Tat gut geschützt, wie wir um den Tisch saßen – jeder von uns hatte eine Maschinenpistole im Nacken.

Quelle: Dubček A. 1993: *Leben für die Freiheit*. München. 90–98, 135–140.

Führende tschechische Intellektuelle fordern die Respektierung der Menschenrechte – die Charta 77

Mit der gewaltsamen Niederschlagung des „Prager Frühlings“ im August 1968 änderte sich das politische Klima in der Tschechoslowakei. Die neue Parteispitze unter Gustáv Husák machte die Reformen rückgängig und „normalisierte“ das Verhältnis zur Sowjetunion unter Anerkennung ihrer ideologischen Führung.

Auf internationaler Ebene gingen die kommunistischen Regierungen 1975 im Rahmen der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in der sogenannten Schlussakte von Helsinki unter anderem Verpflichtungen zur Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein. Eine der bedeutendsten Disidentenbewegungen jener Zeit, die tschechoslowakische „Charta 77“, berief sich eben darauf und klagte die ČSSR zahlreicher Menschenrechtsverletzung an. Das von ihr am 1. Jänner 1977 veröffentlichte Manifest sorgte weltweit für großes Aufsehen. Die tschechoslowakische Regierung setzte die Unterzeichner harten Repressalien aus, prominente Persönlichkeiten wie der Autor Václav Havel, der Philosophieprofessor Jan Patočka oder der ehemalige Außenminister unter Alexander Dubček, Jiří Hájek, wurden verhaftet, mit Berufsverbot belegt oder ausgebürgert.